

Nutzungsbedingungen

für die Internetplattform des Bistums Mainz bistummainz.de

(auch erreichbar über www.bistum-mainz.de)

TEIL A: ALLGEMEINE NUTZUNGSBEDINGUNGEN

§ 1 Zugangsberechtigung

- (1) Voraussetzung für die berechtigte Teilnahme an der Internet-Plattform des Bistums Mainz ist die Anerkennung und Registrierung sowie der Abschluss eines Nutzungsvertrages nebst Anlagen.
- (2) Zugangsberechtigt sind katholische Einrichtungen, Vereinigungen, Verbände sowie Initiativen und Gruppierungen von Gläubigen im Bistum Mainz, die kirchliche Zwecke verfolgen. Zugangsberechtigt sind insbesondere die im aktuellen Schematismus der Diözese Mainz aufgelisteten, rechtsfähigen Einrichtungen. Ein rechtlicher Anspruch auf Zugang besteht nicht. So genannte Links werden nicht verantwortet.

§ 2 Leistungsumfang

- (1) Das Bischöfliche Ordinariat Mainz bietet unter der Internetadresse bistummainz.de (zusätzliche Adressen sind möglich) die Internet-Plattform des Bistums Mainz an, die durch eine spezifische Bündelung und Ausprägung von redaktionellen Beiträgen, Nachrichten, Veranstaltungen, Gottesdienstübersichten, Foren, Newsletter und weiteren Diensten Informationen und neue Kommunikationsmöglichkeiten eröffnet. Dieser Serverdienst dient ausschließlich der sachgemäßen Bereitstellung von Inhalten im Rahmen des Konzepts der Internet-Plattform sowie der Vertrags- und Nutzungsbedingungen. In diesem Kontext kann der berechtigte Nutzer aktiv mitwirken und zu diesem Zweck auf das integrierte Content-Management-System zurückgreifen.
- (2) Die Leistungserbringung erfolgt im Rahmen der technischen, betrieblichen und vertraglich mit externen Dienstleistern abgesicherten Möglichkeiten des Bistums Mainz.

§ 3 Pflichten des Nutzers

- (1) Der Nutzer verpflichtet sich gegenüber dem Bistum Mainz zu Folgendem:
 - a) die Dienste unter bistummainz.de sachgerecht zu nutzen;
 - b) nicht die persönlichen Daten anderer Internetuser auszuforschen und zu erfassen;
 - c) die Akteure darauf hinzuweisen, sich nicht unter Vorgabe einer falschen Identität anzumelden;

- d) die Akteure darauf hinzuweisen, für die vertrauliche Behandlung seines/ihrer Benutzernamens und Passwortes allein die verantwortlichen Vorkehrungen zu treffen;
 - e) allen für seinen Internetauftritt zugangsberechtigten Personen (sog. Akteure, also insbesondere [stellvertretende] Administratoren, Projektmanager, Redakteure), gleich ob auf haupt-, neben- oder ehrenamtlicher Basis, die Nutzungsbedingungen und ggf. weitere spezifische Hinweise (z.B. das Formular „Hinweise und Bestimmungen Akteure“) bekannt zu machen.
- (2) Der Nutzer ist verantwortlich auch für jede unter seinem Benutzernamen erfolgte Nutzung Dritter. Der Nutzer verpflichtet sich, das Bistum Mainz von einer unbefugten Nutzung der Online-Dienste des Content-Management-Systems sofort zu unterrichten.
- (3) Der Nutzer verpflichtet sich den bereit gestellten Platz auf der Internetplattform bistummainz.de auch tatsächlich (im vereinbarten Sinn) zu nutzen. Wenn nicht innerhalb eines Zeitraums von 6 Monaten die Internetseite tatsächlich inhaltlich genutzt wird, fällt die Berechtigung des im Vertrag benannten Nutzers ersatz- und entschädigungslos weg.

§ 4 Anforderungen an die Inhalte

- (1) Der Nutzer überträgt dem Bistum Mainz räumlich und inhaltlich uneingeschränkt sowie zeitlich für die Dauer der gesetzlichen Schutzfrist das nicht ausschließliche Recht zur elektronischen, gedruckten und gesprochenen Vervielfältigung, Verbreitung und Veröffentlichung sowie der öffentlichen Zugänglichmachung in einer Weise, die Angehörigen der Öffentlichkeit den Zugang an einem Ort und zu einer Zeit ermöglicht, die sie individuell wählen (Online-Recht – making available to the public).
- (2) Das Bistum Mainz hat das Recht, bereitgestellte Inhalte zu prüfen, zurückzuweisen oder von der Wiedergabe auszuschließen. Die Einstellung von Inhalten ist untersagt, soweit es sich um Inhalte handelt, die gegen die Grundsätze der Katholischen Glaubens- und Sittenlehre, Gesetze oder diese Nutzungsbedingungen verstoßen, insbesondere solche, die als Meinung getarnte Werbung sind, die unsachlich oder unwahr sind, deren Wiedergabe eine Verletzung von Urheberrechten oder sonstigen Rechten Dritter darstellt, die sittenwidrig oder sonst anstößig sind, die von strafbarer, verleumderischer, verfassungsfeindlicher, extremistischer Art sind oder von verbotenen Gruppierungen stammen.
- (3) Die Einstellung von Programmen oder Programmteilen mit Schadensfunktion und Reproduktion (Viren) oder von Programmen, die Inhalte umfassen, die andere Computer manipulieren, beeinträchtigen oder beschädigen können, die unangefordert Kettenbriefe oder Massenumfragen auf den Weg bringen, ist untersagt.
- (4) Der Nutzer hat nur das Recht, Dateien auf dem Web-Server einzustellen, die dem Zweck der Internet-Plattform dienen. Der Nutzer hat nicht das Recht, Dateien und Dokumente anderen Nutzern oder Gruppen zu übertragen oder die Besitzerrechte zu ändern, es sei denn, dass der Nutzer hierzu eine ausdrückliche und schriftliche Erlaubnis des Berechtigten hat. Das Bistum Mainz behält sich vor, Nutzer bei Verstößen zeitweilig oder dauerhaft auszuschließen und In-

halte sowie Verweise auf Inhalte (Links oder andere Verweisformen) zu entfernen.

- (5) Unbeschadet etwaiger darüber hinausgehender Ansprüche und Rechte wird der Nutzer das Bistum Mainz und solche Personen und Einrichtungen, die Rechte vom Bistum Mainz herleiten, von allen gegen diese erhobenen Ansprüche Dritter einschließlich der Kosten einer etwaigen angemessenen Rechtsverteidigung freistellen.
- (6) Sämtliche auf bistummainz.de veröffentlichten Inhalte sind urheberrechtlich oder durch sonstige Rechte geschützt. Die Nutzungsrechte stehen dem Bistum Mainz, den Institutionen, Organisationen und Initiativen im Bistum Mainz oder ihren Lizenzgebern zu. Ohne vorherige schriftliche Genehmigung der jeweils Berechtigten sind Nutzungen der Inhalte insgesamt oder in Teilen unzulässig. Die Genehmigung zur Nutzung kann erbeten werden bei den Rechteinhabern. Eine Genehmigung reicht nur so weit, wie dem Bistum Mainz, seinen Institutionen, Organisationen und Verbänden Rechte übertragen wurden.
- (7) Um eine einheitliche Präsenz nach innen und außen zu gewährleisten, verpflichtet sich der Nutzer, auf jeder Seite einen Link zur Startseite bistummainz.de einzurichten.

§ 5 Datenschutz; Einhaltung sonstiger gesetzlicher Bestimmungen

- (1) Der Nutzer verpflichtet sich zur strikten Einhaltung der einschlägigen Bestimmungen des kirchlichen Datenschutzrechts (Anordnung über den kirchlichen Datenschutz nebst Ausführungsbestimmungen und Durchführungsverordnungen in der jeweils gültigen Fassung), des staatlichen Datenschutzrechts sowie der sonstigen einschlägigen zivil- und strafrechtlichen Regelungen.
- (2) Er trägt Sorge dafür, dass die vorgenannten Bestimmungen auch von den von ihm eingesetzten Akteuren strikt eingehalten werden.
- (3) Er trägt außerdem Sorge dafür, keine zusätzlichen Programme oder Tools einzubinden, die ihrerseits Daten erheben und weiter verwerten, es sei denn das Bistum Mainz hat eine solche Anwendung im Einzelfall gestattet.

§ 6 Haftung des Bistums Mainz

- (1) Das Bistum Mainz übernimmt keine Haftung für die inhaltliche Richtigkeit und Vollständigkeit von Inhalten, die von den Nutzern bereitgestellt werden und auch nicht dafür, dass die Inhalte frei von Rechten Dritter sind.
- (2) Verweist das Bistum Mainz durch Link auf Web-Seiten Dritter, ist das Bistum Mainz nicht für den Inhalt dieser Seiten verantwortlich. Aus rechtlichen Gründen distanziert sich das Bistum Mainz generell und vorsorglich von jeder Seite, auf die innerhalb der Internet-Plattform verwiesen wird.
- (3) Schadensersatzansprüche gegen das Bistum Mainz, gleich aus welchem Grund sind ausgeschlossen, soweit nicht vorsätzliches oder grob fahrlässiges Verhalten vorliegt oder zugesicherte Eigenschaften fehlen.

§ 7 Zugang von Erklärungen

Eine Willenserklärung, die außerhalb der üblichen Dienstzeiten (Kernzeiten) des Bischöflichen Ordinariats (montags bis donnerstags bis 15.30 Uhr und freitags bis 14.00 Uhr) beim Bischöflichen Ordinariat eingeht, gilt erst am darauf folgenden Arbeitstag als zugegangen.

TEIL B: VERBINDLICHE RECHTLICHE HINWEISE

§ 8 Anbieterkennzeichnung (Impressum)

- (1) Der Nutzer hat für seine Inhalte anzugeben:
 - a) Namen und Anschrift sowie
 - b) bei Personenvereinigungen und -gruppen auch Namen und Anschrift des Vertretungsberechtigten (bei Pfarreien: ... vertreten durch den Verwaltungsrat, dieser vertreten durch den Vorsitzenden, ...). Zusätzlich ist der vom Nutzer gegenüber dem Bistum Mainz benannte Verantwortliche mit vollständigem Namen und Adresse gut erkennbar anzugeben.
- (2) Anbieter von juristisch-redaktionell gestalteten Angeboten, in denen vollständig oder teilweise Inhalte periodischer Druckerzeugnisse in Text oder Bild wiedergegeben oder in periodischer Folge Texte verarbeitet werden, haben zusätzlich einen Verantwortlichen mit Angabe des Namens und der Anschrift zu benennen. Werden mehrere Verantwortliche benannt, so ist ausreichend kenntlich zu machen, für welchen Teil des Mediendienstes der jeweils Benannte verantwortlich ist.

§ 9 Prüfung rechtlicher Bestimmungen

- (1) Vor der Veröffentlichung im Internet, d.h. vor jeder Autorisierung zur Freigabe, ist zu prüfen, ob datenschutzrechtliche Belange bzw. die Persönlichkeitsrechte Betroffener beachtet werden.
- (2) Die Veröffentlichung des Bildnisses von Personen im Internet bedarf wegen des Rechts am eigenen Bild in jedem Fall der schriftlichen Einwilligung (vgl. §§ 22 ff. Kunsturhebergesetz).
- (3) Textliche Veröffentlichungen, die Namen und ggf. weitere personenbezogene Daten enthalten, sind als datenschutzrechtliche Belange umfassend zu beachten. Da das Internet im Unterschied zu regionalen oder kategorialen oder in anderer Weise begrenzten Veröffentlichungen eine weltweite Publizität verleiht, bei z.B. pfarrlichen Bekanntmachungen von Kirchengemeinden jedoch ausschließlich ein lokaler Bezug und die lokale Begrenzung des Aufgaben- und Wirkungsbereiches gegeben sind, kommt den Persönlichkeitsrechten der in der Gemeinde Tätigen und Engagierten grundsätzlich ein Vorrang vor dem Informationsinteresse der Internetbenutzer zu.
- (4) So bedarf z.B. die Veröffentlichung von Personen mit ihrer Privatanschrift in jedem Fall der schriftlichen Einwilligung. Die Veröffentlichung von Personen mit ihrer dienstlichen Anschrift kann im Zweifelsfall zulässig sein; gewisse Ausnah-

men kann es geben. Im Zweifel ist immer die schriftliche Einwilligung einzuholen.

- (5) Sollen außer Namen und Anschrift noch weitere personenbezogene Daten im Internet veröffentlicht werden (z.B. Geburtsjahrgang, Geburtsdatum, Beruf, Familienstand, Kinderzahl), bedarf dies stets der schriftlichen Einwilligung des Betroffenen.

§ 10 Urheberrecht

- (1) Bei der Veröffentlichung von Texten und Bildern und jeglichen geschützten Werken im Sinne des Urheberrechtsgesetzes (Sprachwerke, auch Reden und Computerprogramme, Werke der Musik, der bildenden Kunst, Lichtbildwerke, Filmwerke, Darstellung wissenschaftlicher oder technischer Art, wie z.B. Zeichnungen, Pläne, Karten, Skizzen, Tabellen und plastische Darstellungen) sind die urheberrechtlichen Bestimmungen zu beachten.
- (2) Web-Seiten sind unter den gleichen Voraussetzungen wie sonstige Werke urheberrechtlich schutzfähig. Die Schutzfähigkeit setzt voraus, dass es sich um eine persönliche geistige Schöpfung handelt. Unter diesen Voraussetzungen können sowohl die Homepage als auch die angehängten durch Links verbundenen weiteren Web-Seiten schutzfähig sein. Der Urheber einer schutzfähigen Web-Seite kann eine Urheberbezeichnung festlegen (z.B. Nennung des Verfassers unter Hinzufügung von Copyright). Die Inhalte und die Struktur der Internetseiten auf der Internet-Plattform des Bistums Mainz sind urheberrechtlich geschützt.
- (3) Bezüglich der Urheberrechte Dritter ist zu beachten, dass bei Werken von Dritten der Betreiber der Web-Seite zum Herunterladen der Werkkopien auf seinen Hostrechner berechtigt sein muss. Diese Berechtigung darf nicht nur die Nutzung zu eigenen Zwecken umfassen, sondern auch das Zur-Verfügung-Stellen zu Gunsten der Internetbenutzer. Wer durch Link den Zugriff auf eine Web-Seite mit einer Raubkopie veröffentlicht, macht sich strafbar, wenn ihm die Raubkopie als solche bekannt ist.

§ 11 Presserecht

- (1) Alle Nachrichten sind nach den anerkannten journalistischen Grundsätzen vor ihrer Verbreitung mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt auf Inhalt, Herkunft und Wahrheit zu prüfen. Darüber hinaus besteht die Verpflichtung, Druckwerke von strafbarem Inhalt freizuhalten.
- (2) Vor einer Veröffentlichung von möglicherweise fremden Inhalten/Werken im Internet müssen ferner der/die Autoren/Urheber, die redaktionelle Verantwortung und das Impressum geklärt werden.

§ 12 Sonstiges Recht

Soweit in dem Nutzungsvertrag und in den Nutzungsbedingungen keine anderen Bestimmungen vereinbart sind, gelten die allgemeinen rechtlichen Regelungen unter Einschluss des kirchlichen Rechts.

§ 13 Haftung

- (1) Der Administrator, also derjenige, der die Homepage errichtet und sie einstellt, haftet nach den allgemeinen Gesetzen, ggf. zivilrechtlich und strafrechtlich. Es gilt Entsprechendes wie bei den Printmedien.
- (2) Im Zusammenhang mit Hyperlinks ist zu beachten, dass die Link-Setzung auf eine Web-Seite mit z.B. ehrverletzenden oder beleidigenden Tatsachenbehauptungen oder Meinungsäußerungen Schadenersatzansprüche wegen Verletzung des Persönlichkeitsrechts oder der Ehre des Betroffenen auslösen kann, wenn keine ausreichende Distanzierung von den behaupteten Inhalten erfolgt.
- (3) So genannte Disclaimers (Ausschluss der Haftung für Inhalt und Aktualität) nutzen nur bedingt, da die meisten Internetbenutzer im weltweiten Web keine Vertragspartner des Betreibers sind. Ihnen gegenüber haftet er zwingend aus den allgemeinen Gesetzen. Insbesondere schließt ein Disclaimer nicht aus, dass die verlinkten Homepages regelmäßig auf ihre Inhalte kontrolliert werden müssen. Weiterhin stellt z.B. die Veröffentlichung des Bildnisses einer Person ohne deren Einwilligung einen Eingriff in deren Persönlichkeitsrecht und das Recht am eigenen Bild dar, was zu einem Schadenersatzanspruch wegen unerlaubter Handlung führen kann.
- (4) Der Kommunikations- und Informations-Server des Bistums Mainz dient der Verbreitung medienpezifischer Inhalte. Aus diesem Grunde und zur Vermeidung von Störungen und Schädigungen der Funktionalität des Systems sind damit zielsetzungsfremde Nutzungsweisen (wie etwa die Abwicklung von Intranetaufgaben auf dem Internet-Server), Missbrauch des Internet-Servers (Nutzung außerhalb des Konzepts und Zweckes der Internet-Plattform) ausgeschlossen und untersagt.

§ 14 Selbstprüfungspflicht

Die Hinweise in Teil B erfolgen ohne Gewähr. Sie entbinden den Nutzer keinesfalls von seiner Eigenprüfungspflicht und Eigenverantwortlichkeit!

TEIL C: SCHLUSSBESTIMMUNGEN

§ 15 Schlussbestimmungen

- (1) Allein diese Nutzungsbedingungen und die Bestimmungen des Nutzungsvertrages nebst Anlagen regeln die rechtlichen Beziehungen zwischen dem Nutzer und dem Bistum Mainz als Betreiber der in § 1 genannten Internet-Plattform des Bistums Mainz. Sollte eine Bestimmung dieser Nutzungsbedingungen unwirksam sein oder werden oder sollte der Vertrag unvollständig sein, so wird die Wirksamkeit des Vertrages in seinem übrigen Inhalt davon nicht berührt und die unwirksame Bestimmung gilt durch eine solche Bestimmung ersetzt, die dem Sinn und Zweck der unwirksamen Bestimmung in rechtswirksamer Weise am nächsten kommt. Entsprechendes gilt für etwaige Vertragslücken.

- (2) Nebenabreden sind ausgeschlossen. Änderungen dieser Nutzungsbedingungen bedürfen der Schriftform und ausdrücklichen Genehmigung des Bistums Mainz.
- (3) Das Bistum Mainz ist nach Vertragsschluss berechtigt, diese Nutzungsbedingungen zu ändern, soweit dies für den Nutzer zumutbar ist. Änderungen werden rechtzeitig vor Inkrafttreten bekannt gegeben.
- (4) Es gilt ausschließlich deutsches Recht.
- (5) Der Gerichtsstand ist der Sitz des Bistums Mainz. Mainz wird als Gerichtsstand auch vereinbart für den Fall, dass der Nutzer keinen allgemeinen Gerichtsstand in Deutschland hat. Dies gilt auch, wenn der Nutzer nach Registrierung seinen Wohnsitz ins Ausland verlegt oder dieser zum Zeitpunkt einer Klageerhebung nicht bekannt ist.